

Protokoll

Über die nichtöffentliche Sitzung des Landtages vom 28.12.1933

Anwesend alle Abgeordnete mit Ausnahme des Abg. Ludw. Ospelt, Maduz
Regierungsvertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner

1. Anwendung des schweiz. Lotterieverbotes auf Liechtenstein.

Reg. Chef: klärt über den derzeitigen Stand der Angelegenheit auf und unterrichtet die Herren Abgeordneten über den Schriftwechsel mit der Schweiz und der Lotterie. Es komme nunmehr die Stunde, da wir der Schweiz gegenüber unseren Standpunkt über die Hebernahme der schweiz. Lotteriegesetzgebung bekannt geben müssen. Es handle sich nun darum, ob nach den Richtlinien, die in der Konferenzsitzung aufgestellt worden sind, vorgegangen werden soll, nämlich die schweizerische Lotteriegesetzgebung auf Liechtenstein zu übernehmen oder aber zu erklären, dass man mit dieser Ueberbürdung nicht einverstanden sei.

Präsident: beleuchtet die Verhältnisse zur Schweiz einerseits und zum Unternehmen andererseits. Es gebe nichts anders, als die Beziehungen zur Schweiz aufrecht zu erhalten und eben das Unternehmen gehen zu lassen. Als der schwächere Teil müssen wir gedrückt durch die wirtschaftliche Lage der Schweiz nachgeben. Auf eine Kompensation lasse sich die Schweiz nicht ein und sie betone ausdrücklich, dass sie hiezu nicht verpflichtet sei.

Risch Bernhard: schlägt die Einholung eines Gutachtens vor.

Präsident: erblickt darin nur eine Verschleppung und grosse Kosten erwachsen. Selbst, wenn uns recht gegeben würde, hätten wir den Nachteil, da es dann der Schweiz frei stünde, den Zollvertrag zu kündigen.

Risch Ferdi: Es ist denn doch unsere Selbständigkeit aufzugeben, wenn wir noch vor Jahresschluss so bekennen müssen. Wenn man mit der Arbeiterreise etwas erreichen könnte, aber da ist nichts zu machen, da die Kantone und die einzelnen Gemeinden einander gegenüber selbst absperren..

Reg. Chef: Es hat seinerzeit beim Zollvertragsabschluss die Meinung, bestanden, dass für die Liechtensteiner unbeschränkte Freizügigkeit

bestehe. Hierin hat man sich schwer getäuscht. Es sei aber nichts zu machen, Bern verspreche wohl, in Wirklichkeit aber werden diese Versprechen nicht eingelöst bzw. scheitern an den Verfügungen der einzelnen Kantone.

Batliner: Ich bin der Meinung, dass die Schweizweise Dr. Im Obersteg's für die Angelegenheit nicht förderlich war. Wir müssen wohl oder wehe die schweiz. Lotteriegesetzgebung übernehmen. Ich habe die Meinung, dass sich die Lotterie das Grab selber geschaufelt hat.

Präsident: beantragt, die schweiz. Lotteriegesetzgebung zu übernehmen und schauen, dass sich im kommenden Jahre noch etwas herausholen lässt, vielleicht durch eine Revision des Zollvertrages oder sonst durch eine entsprechende Kompensation. Der Schweiz soll mitgeteilt werden, dass wir unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse und als schwächerer Vertragspartner dieses Gesetz übernehmen, dass wir uns aber doch hin sichtlich der rechtlichen Lage weitere Schritte vorbehalten.

Dr. Beck: erklärt über Aufforderung, dass er sich nicht hiezu äussern, da er in der Zeitung ~~WAGM~~ angegriffen worden sei. Im übrigen sei die Rechtslage klar und er verweise auf die Akten und seinerzeitigen Verhandlungen. Was der Ton Dr. Im Obersteg's anbelangt, so ist dieser verwerflich.

Auf seinen Wunsch wird der Fall Schalleger und die übrigen fremdenpolizeilichen Angelegenheiten verlesen und darüber aufgeklärt.

Der Landtag stimmt sodann über folgenden 2. Punkt ab:

1. Die Regierung wird beauftragt, dem schweiz. Bundesrate mitzuteilen, dass die rechtliche Lage über die grundsätzliche Frage über die Anwendbarkeit eines schweiz. Gesetzes auf Liechtenstein aufgeklärt werden soll.

Alle Abgeordnete mit Ausnahme ~~Risch Bernh. Risch Bernh. Risch Bernh. Risch~~

~~Dr. Beck~~ Dr. Beck stimmen dafür, welcher auf die Akten verweist.

2. Punkt: Wer dafür ist, dass dieses schweiz. Lotteriegesetz auf 1. Jänner 1934 von der Schweiz übernommen wird, wolle dies mit Hand erheben kundtun. Dafür stimmen alle Abgeordnete mit Ausnahme ~~Fredi~~ Risch und Bernh. Risch.

2. Entschädigung der Hochwasserschäden im Sommer 1933

Präsident: Auf Anregung der Gemeind Eschen ist diese Frage ventilert worden. Die Gemeinden wurden eingeladen, diese Schäden bekanntzugeben.

Der Antrag der F.K. lautet, man möchte zu diesen Schäden den Jahreszins 1933 aus dem Fonds für nichtversicherbare Elementarschäden beitragen.

Reg.Chef weist auf die Dürftigkeit der betreffenden Parteien hin.

Risch Ferdi: Ich möchte wünschen, dass ein anders Jahr alle Schäden auch die Rüfeschäden aus diesen Zinsen entschädigt werden, dann kann ich dafür stimmen.

Vogt: Ich möchte anregen, dass die Regierung in Zukunft solche Anfragen klar stellt, nicht so durch die Blume.

Frommelt: Auch in Triesen waren Schäden an Türken und Obst zu verzeichnen, auch diese sollten vergütet werden aus dem Zinsen dieses Fonds.

Reg-Chef: Es wäre vielleicht am zweckmässigsten, wenn die Ortsvorstellungen wahrgenommene Schäden melden und dann am Schlusse des Jahres die Zinsen dieses Fonds hierfür ausgeschüttet werden.

Risch Ferdi: Ich möchte beantragen, den Fond zu liquidieren und das Geld für den Kanalbau zu verwenden.

Präsident: Man müsste erwägen, ob es angängig wäre. Der Fond wurde über ausdrücklichen Wunsch der Schweiz errichtet.

Näscher: Es sollten alle Schäden berücksichtigt werden. Die Anfrage der Regierung ist nicht recht verstanden worden.

Präsident: Wenn diese Schäden noch einmal festgestellt werden sollen, so muss betont werden, dass sie nicht mehr kontrollierbar sind. Für heuer soll man es laufen lassen und für ein anders Jahr soll nach dem Vorschlage des Reg.Chef verfahren werden. Die Abstimmung, ob so vorgegangen werden soll, wird im öffentl. Landtage vorgenommen.

Mittagspause. Fortsetzung nachm. 2 Uhr.

3. Festlegung der Grenze durch den Spiersgraben

Reg.Chef referiert über die notwendig werdende teilweise Ver-

legung der Landesgrenze in gerader Linie, anstatt die heutige Zickzackführung. Es bedarf hierzu der Genehmigung des Landtages, der es ohne weiteres genehmigt, da ja kein Boden verloren geht.

4. Uebernahme der Couponsteuererhöhung.

Reg. Chef: Mit dem Zollvertrag wurde die schweizerische Spempelgesetzgebung übernommen und so muss nun auch die Erhöhung der Couponsteuer folgerichtig übernommen werden, wovon ich den Herren Abgeordneten der Ordnung halber Kenntnis geben möchte.

Der Landtag nimmt hievon Kenntnis.

5. Einbürgerung Margarethe Löwengard.

Reg. Chef: referiert an Hand der vorliegenden Akten über den ganzen Fall und befürwortet die Erledigung der Einbürgerung, da es sich um einen alten Fall handelt und auch kein Risiko erwachsen kann.

Der Landtag beschliesst sodann, dem Landesfürsten Antrag auf Aufnahme der M. Löwengard in den lisch. Landesbürgerverband und damit in das Bürgerrecht der Gm. Schellenberg zu stellen. Die Aufnahme findet bei Stimmenthaltung Dr. Beck's einstimmig statt. Dr. Beck enthält sich, da der Fall durch sein Bureau ~~behandelt~~^{beantragt} wird.

Dr. Beck: Ich hätte noch eine Anregung zu machen.

Es gibt bekanntlich verschiedene landwirtschaftliche Artikel, die die Schweiz einführen muss, so die künstlichen Schwämme, wovon sie im Jahre für 12 Millionen einführt. Tabak erzeugt sie zwar, aber viel zu wenig. Ferner wäre auch Flachs heute nicht schlecht für den Handel. Eine grosse Frage ist auch die Akklimatisierung der Sojabohne. Ich möchte beantragen, dass man einen Kredit für die Anstellung eines tüchtigen Handelsgärtner oder dergl. bewilligt, der die Leute zu unterrichten hätte und dann auch für den Absatz besorgt wäre. Es wäre diese Anstellung eines tüchtigen Fachmannes nur für einige Zeit gedacht. Man sollte den Leuten praktisch an Hand von Beispielen zeigen, dass aus dem Boden dies und jenes herauszuwirtschaften wäre. Wir müssen den Zollanschluss ausnützen, wo es nur geht.

Nachdem noch ~~eingehend~~ eingehend von einzelnen Abgeordneten ~~über~~ im Genstande debattiert wird, beschliesst der Landtag auf Anregung des Abg. Peter Büchel, den Ing. Schmidinger von Bregenz

im Laufe des Jahres einmal einzuladen, vor dem versammelten Landtage über evtl. Möglichkeiten von Erschliessung neuer Verdienste ~~Möglichkeiten~~ aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu referieren.

6. Landesausstellung-Defizit-Deckung.

Reg.-Chef: Der Landtag hat in einer früheren Sitzung die Bereitschaft erklärt, an einem allfälliges Defizit bei der Landesausstellung 1934 einen ~~Beitrag~~ Beitrag zu leisten. Die Höhe wurde seinerzeit nicht bestimmt und die Gemeinde Vaduz möchte nunmehr über die Beitragshöhe im Klaren sein. Die Ausgaben werden mit Frs. 25,000 voranschlagt. Dir. Schade hat schlimmstenfalls ein Defizit von Frs. 5000 errechnet, jedoch rechne er überhaupt nicht mit einem solchen. Der Ausschuss der Landesausstellung hat letztthin zu der grundsätzlichen Frage Stellung genommen, ob überhaupt diese Ausstellung bewerkstelligt werden soll oder nicht. Er hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen. Es fragt sich nun, was die Herren Abgeordneten von der Sache halten und welchen Beitrag das Land geben soll.

Risch Bernh.: setzt sich warm für die Durchführung der Ausstellung im heurigen Jahre ein. Er führt auch aus, dass immer die Meinung bestanden habe, dass das Land die Hälfte eines allfälligen Defizites übernehme. In diesem Sinn sei verhandelt worden.

Reg.-Chef: weist auf das seinerzeitige Protokoll hin, wonach diese Auffassung nicht den Tatsachen entspreche. Uebrigens habe er von jeher immer die Meinung vertreten, dass der heutige Zeitpunkt für die Ausstellung nicht günstig sei.

Risch Bernh. stellt den Antrag, dass das Defizit und auch der allfällige Ueberschuss halb und halb vom Lande und der Gemeinde geteilt werden.

Präsident schlägt vor, seitens des Landes ein Beitrag von Frs. 2500 im Höchstausmasse zuzusichern, sofern ein Defizit entstehen sollte.

Näscher: beantragt, zuerst die anderen Subventionsgesuche zu behandeln

Im allgemeinen ist die Meinung der Abgeordneten, dass der Zeitpunkt für eine Landesausstellung nicht günstig sei.

Es wird dann beschlossen, nachmittags den engeren Ausschuss der Landesausstellung zur Sitzung beizuziehen, damit die Abgeordneten eher schlüssig werden können.

Nach Schluss der öffentlichen Sitzung fand die weitere Behandlung dieses Gegenstandes im Beisein des engeren Ausschusses im Konferenzzimmer statt. Es sprachen zur und für die Sache Obl. Meier, Dir. Schade, Rud. Hagen und fl. Rast Ospelt. Sie setzten sich alle für die Durchführung der Landesausstellung im Jahre 1934 ein.

Nach Anhörung der eingehenden Referate dieser Ausschussmitglieder war die Zeit schon so vorgeschritten, dass eine weitere Debatte in der Sache nicht mehr möglich war. Der Landtag verschob dann die Behandlung der Angelegenheit auf eine anfangs Jänner 1934 anzuberaumende Sitzung, wo endgiltig über die Höhe eines Beitrages entschieden werden soll und wohl auch darüber, ob die Landesausstellung durchgeführt werden soll.

7. Budgetberatungen

Bei Titel I regt Dr. Beck, die Abschaffung bzw. Herabsetzung der Tagelder der Abgeordneten an.

Risch Bernh. unterstützt ihn.

Präsident weist auf die Folgen einer solchen Massnahme hin, dass nämlich eine Interessenlosigkeit eintrete, die Abgeordneten nicht mehr an die Sitzungen kommen und das Verantwortungsgefühl Schaden leide.

Bei der Abstimmung ist Dr. Beck allein für diesen Abbau.

Reg. Chef: Wir haben auch daran gedacht, ein Krisenopfer bei den Beamten einzuheben. Die Sache ist dann aber bei den Beamten gescheitert. Hingegen hört man Stimmen, dass der Nachtwächter entbehrt werden könne, man könnte diesen Dienst der Polizei übertragen usw. Ich bitte die Herren Abgeordneten um ihre Meinung.

Vogt: Ich glaube, dass es keinen Nachtwächter mehr braucht, wenn die

Polizisten hier schlafen. Auch die Sprakasse ist nun gut eingerichtet.

Dr. Beck: Wir müssen auf den Stand der früheren Zahl der Polizisten zurückkommen. Die Hälfte muss abgebaut werden, darum herum werden wir nicht kommen. Fr. 23,000 sind zu hohe Auslagen für diesen Posten. Sie gehen auch viel Skifahren. Auch den Wachtmeister wird man abbauen müssen. Wer abbaut, das weiss ich nicht, aber dass abgebaut werden wird, das ist sicher. Ich möchte auch betonen, dass ein Abbau bei den einzelnen Posten der Beamten nicht ratsam ist. Etwas muss einer haben, wenn er schafft. Wenn man Einsparungen machen will, so muss geprüft werden, ob nicht der eine oder andere Posten aufgelassen werden kann. Auch habe ich gehört, dass die Einführung einer Bürgerwehr geplant sei.

Hoop: Man hört auch anders, dass die Volkspartei in Versammlungen von einem Umsturz gesprochen habe. Man hört eben viel und es ist wohl nicht alles ^{als} wahr zu nehmen.

Büchel: spricht sich gegen den Abbau der Polizei aus und weist auf die früheren Zustände hin und die unliegenden Staaten, die vielmehr Polizisten haben. Auch beim Fall Rotter war kein einziger Polizist aufzutreiben. Es ist bestimmt nicht von gutem, den Nachtwächter und die halbe Polizei abzubauen.

Der Landtag ist mehrheitlich für Belassung des Nachtwächters und der Zahl der Polizisten.

Dr. Beck: regt an, einen grösseren Posten für die Veröffentlichung von geschichtlichen, wichtigen Akten des Landes und der Gemeinden ins Budget aufzunehmen. Man denke nur an die Freiheitsbriefe, die alte Verfassung und die alten Kaufverträge der Gemeinden. Es sei eine Unmenge solcher Dokumente vorhanden, die für die Zukunft gesichert werden sollten.

Der Landtag setzt für diesen Zweck Frs. 750.- ein und die Veröffentlichung soll, wenn möglich, im Jahrbuch des Historischen Vereines und in Beilagen hiezu gemacht werden. Diesbezüglich wollen mit dem Historischen Vereine Vereinbarungen getroffen werden.

— Schluss der Sitzungen um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr.